

# Wo die Blockierer sitzen

Gesundheitsminister Johannes Rauch warnt vor einer Verschärfung der Krise im Gesundheitssystem, nun brauche es viele Reformen, darunter mehr Kompetenzen für die Pflege. Ist die Ärztekammer der große Bremser?

András Szigetvari

Eine Garantie, dass sich der Mangel in der Pflege nicht noch verschärfe, will Gesundheitsminister Rauch nicht geben.

Foto: Corn

Die Weichen in der Gesundheitsversorgung werden gerade neu gestellt. Diese Woche haben die Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden begonnen, es geht um 93 Milliarden Euro, die jährlich auf die Körperschaften ab 2024 neu verteilt werden müssen. Zentrales Thema bei den Gesprächen: Gesundheitsversorgung und Pflege. Für die Pflege sind primär die Länder zuständig. In der Gesundheitsversorgung mischen alle mit: Die Länder sind die Betreiber der Krankenanstalten, die Sozialversicherungen sind für den niedergelassenen Bereich zuständig – der Bund finanziert.

Nun lässt Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) mit einer Ansage für die Verhandlungen aufhorchen: „Wenn es nicht gelingt, im Gesundheitssystem zu strukturellen Reformen zu gelangen, wird das System in wenigen Jahren an die Wand gefahren“, sagte Rauch in der Videodebatte „STANDARD mitreden“. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, warum es an allen Ecken und

Enden in der Versorgung kracht: Allein in Wien ist jedes sechste Spitalbett gesperrt. In den Bundesländern sieht es nicht besser aus. Neben Pflegekräften fehlen Ärztinnen und Ärzte sowie Techniker.

Diese prekäre Lage werde sich ohne Gegensteuern noch zuspitzen, sagt Rauch. Durch die Alterung der Gesellschaft werden mehr Menschen Pflege und medizinische Versorgung benötigen. Eine Garantie dafür, dass sich die Engpässe nicht verschärfen, will er nicht geben. Bisher fixierte Maßnahmen wie mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich für die Pflege seien bloß ein erster Schritt. Welche Reformen braucht es also?

Die Arbeitsbedingungen im niedergelassenen Bereich für Ärzte gehören verbessert, so Rauch. Viele Mediziner lehnen Kassenverträge ab, weil sie den Zeitstress nicht wollen, und arbeiten lieber als Wahlärzte oder in Privatordinationen. Das führe dazu, dass „die Primärversorgung für Kinder und Jugendliche in Österreich nicht mehr gut funktioniert“, wie Caroline Culen von der Liga für

Kinder- und Jugendgesundheit ausführte. Auf 5000 Kinder komme ein Kinderarzt mit Kassenvertrag. Rauch will daher Projekte forcieren, in denen Ärzte in Gemeinschaftspraxen oder Primärversorgungseinrichtungen tätig sind. Der Staat soll Hilfe dabei leisten, Ordinationen anzumieten und Personal zu suchen. In Vorarlberg gebe es Pilotprojekte in dieser Richtung, die breit ausgerollt werden könnten.

## Wer darf verschreiben?

Der Konnex zum Finanzausgleich: Weil Kassenärzte fehlen, gehen mehr Menschen in Ambulanzen, so Rauch. Deshalb fordern die Länder mehr Geld für die Spitalsambulanzen. Genau das löse das Grundproblem nicht, vielmehr müsse das Wirrwarr bei den Zuständigkeiten aufgelöst werden, das mache Geld für die Versorgung frei.

Mehr Beweglichkeit gefordert wurde in der Debatte von der Ärztekammer. Martina Reischenböck, Gewerkschafterin und Pflegerin bei den Barmherzigen Schwestern in Ried, will mehr Kompetenzen fürs Pflegeperso-

nal, um den Beruf aufzuwerten: Begutachtungen für Pflegeeinstufungen könnte ihre Berufsgruppe anstelle von Ärzten übernehmen. Rauch stimmte zu, nannte weitere Bereiche: Pflegekräfte in Pflegeheimen sollen Medikamente weiterverschreiben und Hilfsmittel anordnen dürfen. „Die Pflege könnte Tätigkeiten übernehmen, die bisher Ärzten vorbehalten sind.“

Warum er das als Minister nicht ändert? „Realpolitisch hat die Ärztekammer ein massives Mitsprache- und Vetorecht, wenn es um derartige Reformen geht.“

Weitere Forderungen an die Ärztekammer: Rauch wie Gesundheitsexperte Gerald Gartlehner wollen die Einführung der Wirkstoffverschreibung statt der Verschreibung bestimmter Mittel. Dann könnten Apotheker flexibel entscheiden, was sie abgeben. Den Vorwurf des Blockierens wies Wiener-Ärztekammer-Vize Stefan Ferenci zurück, wohl forcieren man Reformen, die Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen klappe gut.

➤ Sehen Sie die ganze Debatte auf [derStandard.at](https://derstandard.at)